Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 558. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 28. November 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 26. Novbr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer suchte Nicotera zu beweisen, daß Ratazzi bei Beginn seiner Administration eine Allianz mit der Linken angestrebt habe; er sprach von den Zusicherungen, welche Ratazzi in Bezug auf die Bewaffnung und in Bezug auf Reformen in der Gesammtverwaltung gemacht haben sollte. General Cugia gab Erläuterungen über sein Verhalten während seines Gouvernements auf der Insel Sicilien. Garibaldi hatte versprochen, sich von der Insel zu entfernen; um blutige Collisionen zu vermeiden, habe er temporisiren müssen. Während der Verhandlungen sei Garibaldi unverhofft in Catania eingerückt. — Ratazzi wird morgen sprechen.

Dazu bringen die wiener Bl. noch folgende Depesche:

Turin, 26. Nov. In der gestrigen Kammersitzung enthüllte Nicotera, daß Ratazzi ihn aufgefordert habe, seinen Einfluß bei der Linken zum Sturze des Ministeriums Ricasoli zu gebrauchen, daß er diesem Folge geleistet, weil Ratazzi ihm versprach, die National-Bewaffnung durch Garibaldianer durchzuführen, und die innere Verwaltung radikal zu reorganisiren.

Nicotera vertheidigt Garibaldi's Vorgehen zur Befreiung Roms und greift Cialdini wegen der nach der Katastrophe von Aspromonte gegen die Garibaldianer begangenen Grausamkeiten heftig an. Er fordert schließlich die Kammer auf, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen. General Cugia bespricht die Ereignisse in Sicilien während seines Aufenthaltes daselbst und hebt besonders hervor, daß die ganze Bevölkerung an ein geheimes Einverständniß zwischen Garibaldi und der Regierung um so mehr geglaubt habe, als in jener Zeit an mehreren Punkten Siciliens von der Regierung Waffen, welche für die Nationalgarde bestimmt waren, ausgeschifft wurden. Cairoli beschuldigt das Ministerium all der Uebel, welche Italien betrüben, und fordert zur Coalition gegen das Ministerium auf.

Preußen.

Berlin, 27. Nov. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem herzoglich sachsen-koburg-gothaischen Haus-Ober-Marschall Frhrn. Maximilian von Wagenheim den königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Ober-Forstmeister Ewald zu Magdeburg den königl. Kronenorden zweiter Klasse, sowie dem Schullehrer, Organisten und Küster Sonnenberger zu Bitterfeld und dem Schullehrer und Küster Hedler zu Fienstedt im mansfelder Seekreise das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; dem ordentlichen Professor der Theologie an der Akademie zu Münster, Dr. Berlage, die Erlaubniß zur Führung des ihm von Sr. Heiligkeit dem Papst verliehenen Titels eines Antistes domesticus zu ertheilen; und dem Brunnen-Arzt Dr. Fleckles in Karlsbad den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Der Gerichts-Assessor Dr. jur. Drewcke hierselbst ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden. Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Focke an dem Gymnasium zu Münster ist als ordentlicher Lehrer bei dieser Anstalt angestellt worden. Der Hilfslehrer Rochel am Gymnasium zu Kulm ist zum ordentlichen Lehrer bei dieser Anstalt befördert worden. (St. A.)

Berlin, 27. Novbr. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute den Vortrag des Kriegs- und Marine-Ministers, General-Lieutenants v. Roon, und des General-Adjutanten General-Lieuts. Freiherrn v. Manteuffel entgegen, empfingen den Prinzen Hugo zu Schönburg, und ertheilten einer Deputation aus dem züllichau-schwiebuser Kreise, welche eine Ergebenheits-Adresse überreichte, Audienz. Außerdem ertheilten Allerhöchstdieselben im Beisein des Präsidenten des Staatsministeriums, v. Bismarck-Schönhausen, dem bisherigen kaiserl. russischen Gesandten Baron v. Budberg, und dem bisherigen königl. großbritannischen Gesandten Lord Augustus Loftus, die Verabschiedungs-Audienzen. — Se. Maj. der König haben, nach der „Spen. Z.", den von der Stadt Berlin nach Königsberg zur Krönungsfeier deputirten Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, den Stadträthen Risch und Sommer, dem Stadtverordneten-Vorsteher Lüttig, dessen Stellvertreter Schäffer, sowie den Stadträthen Kühne, Jürst, Tondeur, Steinlein, Volkart und Reimann die Krönungs-Medaille am Bande verliehen.

Berlin, 27. Nov. [Wieder eine Antwort des Königs.] Se. Maj. der König haben auf die am 18. d. Mts. überreichten Adressen der Deputation von Elberfeld und Marienburg folgende Antwort zu ertheilen geruht:

Ich freue Mich, daß Sie sich den Deputationen anschließen, welche bisher Mir die Versicherungen ihrer Treue brachten. Sie kommen aus den entgegengesetzten Theilen Meines Reiches, von der Weichsel und vom Rhein her mit denselben Gesinnungen. Sie haben das Uebel, woran wir jetzt leiden, richtig bezeichnet. Die Ursache davon liegt in der Unwahrheit, mit welcher Meine Absichten entstellt werden. Es thut Noth, diesem Geiste der Unwahrheit entgegenzutreten; Ich erwarte daher, daß Sie die treuen Gesinnungen, welche Sie gegen Mich ausgesprochen haben, auch in Ihren Kreisen immer weiter verbreiten; denn Ich bin überzeugt, daß, wenn Meine Unterthanen über Meine Absichten belehrt werden, Ich das Volk hinter Mir haben werde. Ich habe Mich nicht verändert; die Gesinnungen, die Ich bei Antritt Meiner Regentschaft und vom Throne herab ausgesprochen, erfüllen Mich noch heute, aber man verfolgt jetzt theilweise Ziele, auf welche Ich nicht eingehen kann. Die Reorganisation der Armee, um welche es sich hauptsächlich handelt, ist von Mir allein ausgegangen. Ich habe dadurch den älteren Landwehrmännern eine Erleichterung verschaffen und die allgemeine Wehrpflicht zur Wahrheit machen wollen. Darum kann und werde Ich dieselbe nicht aufgeben. Ich habe demungeachtet auf die weitere Forderung des Steuerzuschlages von fast vier Millionen verzichten können, der übrigens in den vorhergegangenen Jahren ohne Schwierigkeit eingegangen ist. Die Mehrausgaben für die Armee habe Ich dadurch bestreiten können, daß fast in allen Zweigen der Verwaltung ein Ueberschuß der Einnahmen sich gezeigt, was doch ein Zeichen für den Wohlstand Meines Landes ist. Es thut Mir leid, daß Ich jetzt ohne festgestelltes Budget regieren muß. Das ist freilich ein Ausnahme-Zustand. Es wird in die geregelte Bahn wieder eingelenkt werden; indessen muß die Landesvertretung auch an ihrem Theile dazu mithelfen, daß dies möglich werde, und von ihren verfassungsmäßigen Rechten nicht einen Gebrauch machen wollen, der Meine Regierung lähmen und das Land wehrlos machen würde. Ich kann die Rechte der Krone nicht Preis geben. Sehen Sie nur zu, daß auch Sie an ihrem Theile mithelfen, gute Gesinnungen in Ihrer Heimath zu verbreiten.

∗ **Berlin**, 27. Nov. [Landtags-Vorlagen.] Die telegraphisch gemeldeten Nachrichten der „Kreuzztg." lauten: Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, welches im Herrenhause bereits angenommen war, wird, wie verlautet, mit einigen Modifikationen dem nächsten Landtage wieder vorgelegt werden. Auch ein Gesetz über die Ober-Rechnungskammer scheint in Berathung zu sein. — Die Frage von den Diäten der Abgeordneten scheint der gesetzlichen Regelung, der sie bisher entbehrt, entgegengeführt werden zu sollen. Im Zusammenhange scheint vermuthlich auch die Frage wegen der Stellvertretungskosten. Wie dieselbe Zeitung hört, hat der bisherige kurhessische Minister von Dehn-Rotfelser ein Schreiben an den Minister des Auswärtigen, Ministerpräsidenten v. Bismarck, in Folge der jüngsten Depesche gerichtet, dem indessen keine Bedeutung beizulegen ist, da Hr. v. Dehn-Rotfelser eben aus dem Ministerium geschieden ist (nach telegr. Meldung bekanntlich wieder in das Ministerium eingetreten). Die endgiltige Antwort wird noch von dem Kurfürsten erwartet.

Hagen, 23. Novbr. [Das hiesige Comite für den Nationalfonds] hat beschlossen, die eingehenden Gelder dem Central-Comite in Berlin zu überweisen, mit dem Beding, daß das hiesige Comite seine Anrechte daran sich vorbehalte, insofern die Gelder nicht zum eigentlichen Zweck, „Entschädigung der wegen Ueberzeugungstreue politisch Verfolgten während des Verfassungs-Conflictes", zur Verwendung kommen; — ferner dahin zu wirken, daß die Betheiligung allgemein und das Sammeln und Abliefern beschleunigt werde. Letzterer Beschluß wurde gefaßt, weil man einzeln der Meinung begegne, es liege noch kein hinreichendes Bedürfniß vor. Aber die in den Jahren 1850 bis 58 gemachten Erfahrungen sind nicht vergessen; wenn die „Köln. Ztg." uns solche jüngst auffrischt und sagt: „Es seien damals die Maßregelungen in allen Schichten der Bevölkerung thätig gewesen, bis zum Verbluten ihrer Opfer", — aber dennoch nicht eintritt für den Nationalfonds, — dann scheint es uns nur folgerecht und gerathen, sich zeitig vorzusehen. An Anzeichen fehlt es nicht; später aber könnte das allgemeine Sammeln wohl unmöglich sein. — Von den bisher eingegangenen Geldern sind heute dem Central-Comite, zu Händen des Herrn A. Delbrück in Berlin, 1100 Thlr. eingesandt. Mehr als die Hälfte der Listen ist noch rückständig; der größte Theil der Zeichnungen gilt als jährlicher Beitrag für den Fall des Bedürfnisses.

Posen, 24. Nov. [Auch ein Beitrag zur Sprachenfrage.] Der nachstehende Fall bekundet von Neuem die politische Verirrung unter den Polen in hiesiger Provinz und das Bestreben, selbst auf ungesetzlichem Wege ihren Satz über den Sprachengebrauch in polnisch-nationalem Sinne zur Entscheidung zu bringen. Der als Jurist wie als Schwurgerichtspräsident gleich tüchtige und durch die Ruhe und Entschiedenheit seines Charakters ausgezeichnete Kreisgerichts-Director Hartmann in Schrimm hielt im September d. J. die Assisen zu Posen ab und richtete an die Geschworenen die Anfrage: „ob unter ihnen Personen befindlich, welche der deutschen Sprache nicht mächtig seien, in welchem Falle er die Vorhaltungen an die Geschworenen auch durch Vermittelung des Dolmetschers machen lassen werde." Von den anwesenden Geschworenen erhob sich sofort ein polnischer Gutsbesitzer und verlangte in polnischer Sprache, daß mit den Geschworenen auch in polnischer Sprache verhandelt werde. Der Schwurgerichtspräsident machte dem Antragsteller bemerklich, „daß derselbe ja der deutschen Sprache vollständig mächtig sei, indem er bis vor wenig Jahren in der Linie als Offizier gestanden habe und noch jetzt Landwehroffizier sei. Der Antrag von seiner Seite erscheine daher vollständig unbegründet und werde zurückgewiesen." Gleichzeitig nahm der Vorsitzende Veranlassung, den Standpunkt der Geschworenen zu dem Sprachengebrauche zu bezeichnen und bemerkte: „daß bei einem Geschworenen polnischer Abkunft, welcher der deutschen Sprache mächtig sei, der Sprachenstreit gar eigentlich nicht in Frage komme, da für ihn das Verständniß durch eigenes Hören und durch eigenes geistiges Auffassen vermittelt werde. Sollte ein solcher Geschworener aber an den Vorsitzenden Rückfragen zu stellen haben, so möge sich derselbe der polnischen Sprache bedienen, wenn er ein besonderes Gewicht darauf lege. Ein Geschworener sei bezüglich des Sprachengebrauches nach anderen Grundsätzen zu beurtheilen, als eine Partei vor Gericht. Der Geschworene sei Richter der That und dürfe in dieser Eigenschaft, so wenig wie ein anderer Factor des Schwurgerichtshofes, einen spezifisch nationalen oder politischen Standpunkt einnehmen. Der Geschworene sei verpflichtet, nicht allein einen richtigen und sachgemäßen Wahrspruch herbei zu führen, sondern auch die Verhandlung selbst nach Kräften zu fördern und zu unterstützen. Das thäten aber diejenigen nicht, welche, obgleich der deutschen Sprache kundig, lediglich aus nationalen Rücksichten die Verhandlung in polnischer Sprache verlangten. Er könne es daher der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung nicht verdenken, wenn sie Geschworene ablehnten, die nicht auf der Höhe dieser Anschauung ständen." — Die Polnischen Geschworenen beschwerten sich über diese Vorhaltung bei dem k. Appellationsgerichte zu Posen und, nachdem sie damit zurückgewiesen worden, erschienen zwei polnische Gutsbesitzer bei dem Kreisgerichts-Director Hartmann in Schrimm, machten ihm Vorhaltungen über seine vorstehende amtliche Aeußerung und verlangten Namens des protestirenden polnischen Gutsbesitzers persönliche Genugthuung. Wie weit diese Angelegenheit gediehen, haben wir nicht erfahren können, aber versichern hören, daß die polnische Partei mit Hartnäckigkeit darauf dringt, daß die Frage über den Sprachengebrauch auf der Mensur entschieden werden soll. Zu der Entschiedenheit des Kreisgerichts-Directors Hartmann hegen wir aber das Vertrauen, daß er diesen ungesetzlichen Druck, welchen man auf ihn zu üben versucht, im Interesse der ganzen Verwaltung der Provinz mit Festigkeit zurückweisen wird, und müssen einem Richter unsere Anerkennung aussprechen, der mit Freimuth Prätensionen einer Partei ablehnt, die, wie die Nachrichten aus der Provinz neuerdings bestätigen, mit jedem Tage dreister hervortritt und kein Mittel unversucht läßt, um dem gesinnungstüchtigen deutschen Beamten die Ausübung seines Dienstes nach Möglichkeit zu erschweren. (N. Pr. Ztg.)

Deutschland.

Kassel, 25. Nov. [Der Plan der Reaction.] Der Plan der Partei, welche die Vertagung der Stände durchzusetzen vermochte, ist in der Presse noch nicht besprochen, und wir geben hierüber Folgendes als zuverlässig. Es gilt nämlich, um jeden Preis die Wiederherstellung des Wahlgesetzes von 1831 zu erzwingen. Zu diesem Zwecke wird daran festgehalten, daß die Stände nur zur Revision des Wahlgesetzes von 1849 berufen, und daß erst die nach dem revidirten Wahlgesetz berufenen Stände zur Vornahme der eigentlich ständischen Geschäfte berechtigt seien. Würde die Revision nicht nach der Absicht der Reaction und hier insbesondere der hessischen Ritterschaft ausfallen, so würde je nach den äußeren Umständen entweder alsbald das Wahlgesetz von 1831 octroyirt oder auch vorher ein nochmaliger Versuch mit neugewählten Ständen bewerkstelligt. Man will darauf fußen, daß der Bundestag dem Kurfürsten freie Hand gelassen, die Stände nach 1831 oder 1849 einzuberufen und die Octroyirung damit begründen, daß man vorgiebt, die Stände seien nicht zu einer Revision des Wahlgesetzes im Sinne des Bundes zu vermögen. Sobald nun die Regierung das Budget vorlegen würde, so wäre damit die volle Anerkennung der damaligen Stände als solcher ausgesprochen und damit die Revision des Wahlgesetzes eine Nebenfrage geworden, die nur im Einverständniß mit den Ständen zu lösen ist. Deswegen ruft die „Hessenzeitung": „Nur eins (das Budget) nicht!" Die Erfinder des Plans sind die Herren Scheffer, v. Buttlar und Vilmar; außerdem wird behauptet, daß eine hohe Person, die kurz vor der Vertagung in Kassel erschien und hauptsächlich den Herrn Strauß von Bückeburg empfiehlt, dem Plan nicht fremd sei. — Dies theilt das „Frankf. Journ." mit.

Kassel, 26. Nov. [Beschlagnahme.] Die „Hessische Morgen-Ztg." bringt an der Spitze ihrer heutigen, theilweise unbedruckt erschienenen Nummer über ihre (bereits telegraphisch angezeigte) Beschlagnahme den nachfolgenden Artikel: „Unsere heutige Nummer 1071 ist wegen eines Leiters über die Sachlage und über die Mittel und Wege, welche zur Wahrung der Landesrechte und der Landeswohlfahrt verfassungsmäßig zu Gebote stehen, von kurfürstlicher Polizei-Direktion mit Beschlag belegt worden. Wir lassen daher, wenn auch etwas verspätet und lückenhaft, eine neue Nummer erscheinen und behalten uns weitere Mittheilung vor. Der in einem gestern ausgegebenen Extrablatt erwähnte Feldmarschall-Lieutenant v. Schmerling ist gestern Abend mit dem frankfurter Schnellzuge dahier eingetroffen."

Aus Mecklenburg, 23. Nov. [In der Sitzung des mecklenburgischen Landtags] vom 22. November brachte, wie bereits erwähnt, Herr Pogge-Pölitz ein Dictamen ein, die Verfassung von 1849 betreffend. Der Wortlaut desselben ist folgender:

„Herr Manecke hat einen Antrag auf Wiederherstellung des Staats-Grundgesetzes von 1849 gestellt, der in Aemtern circulirt hat, und an dessen Berathung die Landtagsversammlung durch den engeren Ausschuß und das Landtags-Directorium verhindert worden ist.

„Ich habe mir gestern meine Erklärung darüber vorbehalten. Man kann es nur bedauern, daß uns über ein so wichtiges Werk die Beschlußnahme entzogen ist. Nachdem der von 82 Ständemitgliedern gestellte Verfassungsantrag nicht einmal hat zur Berathung gebracht werden können, ist man vielfach zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur ein Zurückgehen auf das Staatsgrundgesetz von 1849 uns die so nothwendige Reform unserer politischen Zustände bringen kann, und ist diese Ansicht nicht allein im Lande weit verbreitet, sondern auch durch gewichtige Stimmen in den deutschen Bundesstaaten unterstützt. Das Werk, welches auf unsere Veranlassung hin durch die gesetzlich berufenen Vertreter des mecklenburgischen Volkes mit seinem Landesherrn vereinbart worden, wurde von diesem, seinem Ministerio und dem ganzen Lande mit Freuden begrüßt. Mit Ausnahme der wenigen renitenten Mitglieder der Ritterschaft, welche das Aeußerste versuchten, um von den Zugeständnissen der alten Landstände entbunden zu werden, war die ganze Bevölkerung von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Vereinbarung des Staatsgrundgesetzes und erfolgte Auflösung der Ritter- und Landschaft auf völlig legalem Wege erfolgt sei. Wenn nun durch die Compromiß-Instanz die renitenten Mitglieder der Ritterschaft mit auswärtiger Hilfe es dahin zu bringen gewußt, daß unser allverehrte Landesherr die gegebene Verfassung zurücknehmen mußte, so kann das Recht des mecklenburgischen Volkes nicht alterirt worden sein. Dasselbe hat seine Zustimmung nicht dazu gegeben, und besteht sein auf die gegebenen Versicherungen und Landtagsbeschlüsse sich stützendes Recht fort. Die traurigen Folgen jener Compromißinstanz hat das mecklenburgische Volk seitdem bis zum Uebermaß empfunden. Die steigende und überhandnehmende Auswanderung, der Verfall der Seestädte, die steigende Verarmung der Landstädte, die Verminderung der Ehen, die erschreckliche Vermehrung der unehelichen Geburten, des Verbrechens der Kindestödtung, die Theuerung der Lebensmittel und der Mangel an Zufuhr der nothwendigsten Lebensbedürfnisse auf den Märkten unserer Städte, und vieles Andere bezeugen dies zur Genüge. Hätten wir unser Staatsgrundgesetz behalten, so wäre alles dies anders geworden. Dem Arbeiter wäre damit die Möglichkeit gegeben, im Lande Grund und Boden als Eigenthum zu erwerben, und die Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erringen, die er hier vermißt und in Amerika findet. Der Bauer wäre freier Besitzer seiner Hufe geworden, und hätte unbekümmert um gutsherrliche Einflüsse, Kündigung und Abmeierung, seinen eigenen Grund und Boden bewirthschaften können.

„Das Recht der Theilbarkeit des Grundbesitzes hätte die Verkleinerung der größeren Güter ermöglicht und vielen kleinen Capitalisten, die jetzt nach den benachbarten Ländern auswandern und dem Lande Millionen an Capital entziehen, Gelegenheit gegeben, sich im Lande selbst anzusiedeln. Dadurch und durch die in Aussicht gestellte Abtretung des Domanii wären die Mittel gegeben zur Wiedererstehung des uns so nothwendigen Mittelstandes.

„Unsere Handwerker könnten dadurch die Vielheit bemittelter Kunden erlangen, deren Mangel hauptsächlich mit der Grund ist zu ihrer traurigen Lage. Der zahlreiche Mittelstand auf dem Lande ist es, der in den kleinen Städten seinen Absatz sucht und deren Erzeugnisse kauft.

„Die Creirung von Gemeinden, die Abschaffung der Patrimonialgerichte würde einem allgemein gefühlten Bedürfnisse entsprochen haben.

„Das sind außer vielem Anderen die großen Vortheile, die uns die Einführung des Staatsgrundgesetzes gebracht haben würde. Wollen wir nun, daß es besser in Mecklenburg wird, so müssen sich alle diese in dem Streben vereinigen: daß das Staatsgrundgesetz von 1849 wieder hergestellt wird.

„Die öffentliche Meinung in Deutschland wird uns darin unterstützen.

„Der hochansehnlichen Landtagsversammlung empfehle ich mich so hochachtungsvoll als ergebenst. Malchin, 22. Novbr. 1862."

Während des Lesens suchte der vorsitzende Landrath die Weiterlesung zu unterbrechen, Andere von der Ritterschaft bereiteten durch Gelächter und stürmische Rufe Hindernisse, so daß man zuweilen dies Verlesen kaum hören konnte. — Hr. Landrath v. Oertzen-Woltow weigerte sich, das Dictamen anzunehmen. — Hr. Baumeister Wulffleff-Sternberg besteht auf Annahme des Dictamen, da es einmal verlesen worden sei, proponirt jedoch gleichzeitig den Beschluß, dasselbe sofort zurückzugeben. — Hr. v. Oertzen-Brunn meint, es sei zweckmäßig, den Antrag zu stellen, daß die Landtagsversammlung sich an den Landesherrn wende, mit der Bitte, Hrn. Pogge, der immer aufs Neue die Ruhe des Landtages störe, nicht wieder zum Landtage einzuberufen. — Hr. Graf v. Bernstorff hält diesen Antrag für nicht zulässig. Er sei dafür, daß das Dictamen unter Anführung von Gründen zurückgewiesen werde. — Herr v. Dewitz-Miltzow: Man möge es zurückgeben; wenn es mehreremale geschehe, so würden solche Dictamina von selbst wegbleiben. — Herr Kammerherr v. Oertzen-Kotelow: Herr Pogge werde solche Dictamina doch wieder vorbringen, das schon dreimal geschehen. — Herr Pogge-Pölitz: Die Herren könnten sich jetzt aussprechen, das stehe ihnen frei, er habe sich auch ausgesprochen. Ihm sei es gleich, ob das Dictamen in den Acten begraben werde oder nicht; er sei bereit, es anzunehmen, wenn die Herren es wünschten.

Man beschließt: Das Dictamen sollte seines ungeeigneten Inhaltes wegen dem Herr Pogge zurückgegeben werden.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. [England braucht griechische Matrosen. — Preß-Entschädigungen. — Ein Gnadengesuch als Attentat.] Nach den letzten Depeschen aus Athen hat das englisch-griechische Comite eine Biographie des Prinzen Alfred in griechischer Sprache drucken lassen. Dieser Biographie ist eine Photographie des Prinzen beigefügt. Nach der „France" hat ein höherer Offizier der englischen Marine, der mit einer Mission in Griechenland betraut ist, der Admiralität ein Memorandum eingesandt, worin er beweist, daß Griechenland eines Tages der englischen Marine vortreffliche Matrosen liefern könne. Das genannte Blatt fügt hinzu, daß diese Arbeit Eindruck auf die englische Admiraliät gemacht habe und daß sie eine der ernstesten Seiten der griechischen Frage in sich schließe. — Die Nachricht, daß die Engländer ein Steinkohlen-Depot auf der Insel Lemnos herstellen wollen, flößt der „France" ebenfalls „Besorgnisse" ein. Dieser Punkt, meint sie, habe eine große strategische Wichtigkeit. — Die „Patrie" donnert heute ebenfalls wieder gegen England. — Die Wittwe des vom Herzog von Grammont erstochenen Herrn Dillon verlangt von Ersterem einen Schadenersatz von 50,000 Franken Kapital oder 4000 Franken Rente. Die Affaire des Vicomte de Noë gegen Villemessant ist noch nicht vorgekommen. Der Vicomte verlangt von dem Redakteur des „Figaro" 50,000 Fr. Schadenersatz. Er hält sich für verleumdet, und diese Summe erscheint ihm ausreicherd, um ihn zu entschädigen. Favre

vertheidigt Noë. Diese Angelegenheit hat noch zu einem vierten Prozesse Anlaß gegeben. Herr Kugelmann (ein Deutscher aus Kurhessen) Besitzer der Druckerei, in welcher der „Figaro" gedruckt wird, beansprucht von Herrn de Noë einen Schadenersatz von 60,000 Fr., weil er sich unrechtmäßigerweise in seine Druckerei eingeschwärzt, und sich Druckbogen habe ausliefern lassen, auf denen er Correcturen vorgenommen.

Der „N. Pr. Z." wird geschrieben: „Das Gerücht von einem Attentat in Compiègne war durchaus unbegründet, und es bestätigt sich, daß dasselbe in folgendem Vorgange seine Erklärung findet: Während der Revue am 15ten (Namenstag der Kaiserin) drängte sich ein Mann gewaltsam durch die Menge und an den Kaiser heran, dem er unter dem Zurufe: Sire, es geht um Leben oder Tod! ein Papier reichte, welches die Bitte um Begnadigung eines wegen thätlicher Insubordination zum Tode verurtheilten Soldaten war, der drei Stunden später in Lille erschossen werden sollte. Der Kaiser wandte sich zur Kaiserin mit den Worten: „An Ihrem Festtage kann ich eine solche Bitte nicht abschlagen" — und ein Telegramm wurde sofort nach Lille abgeschickt. Das Gerücht von einem Attentate mußte übrigens um so leichter Credit finden, als man wußte, daß am Tage vorher mehrere Verhaftungen in Paris stattgefunden hatten."

Großbritannien.

E. C. **London**, 25. Nov. [Die griechische Frage störend für die entente cordiale.] Dem (bonapartistischen) „Herald" schreibt sein pariser Correspondent: „Man versichert mir, daß Lord Cowley in einer neulichen Unterredung mit Mr. Drouyn de Lhuys auf das Ausdrücklichste die Erklärung abgab, daß Alles, was in den Blättern über die griechische Königswahl steht, auf bloßer Erfindung beruhe; daß die britische Regierung nicht im Entferntesten die Absicht hat, einen englischen Bewerber um den griechischen Thron aufzustellen, diese Versicherungen hätten die französische Regierung überzeugen sollen und thäten es ohne Zweifel; aber nichtsdestoweniger tritt „La France", die aus gut unterrichteten Kreisen ihre Nachrichten bezieht, und die keine Zeile ohne amtliche Sanction drucken würde, einen Abend nach dem andern mit Anklagen gegen das doppelzüngige Spiel Englands auf und beschuldigt das londoner Cabinet offen, daß es die Candidatur, die es amtlich verleugnet hat, begünstige. Die große Masse glaubt steif und fest, daß die Kundgebungen in Griechenland das Werk englischer Wühlerei sind, und in Folge davon herrscht eine entschieden feindselige Stimmung gegen England." — Der heutige „Daily Telegraph" spricht eben so entschieden wie die „Times" gegen den Gedanken, daß Prinz Alfred den griechischen Thron annehmen sollte oder werde. Der „Globe" ist auf das Thema noch nicht zurückgekommen. „Advertiser", „Daily News" und „Herald" haben die Frage in ihrem leitenden Theile noch nicht berührt.

Rußland.

Petersburg, 22. Nov. [Der Kaiser und die Kaiserin] sind mit ihren jüngsten Kindern nach Moskau abgereist, wo sie heute Abend eintreffen sollen; der Aufenthalt daselbst ist vorläufig auf vier Wochen festgesetzt.

Die „Nord. Post" bringt wieder einen Bericht über den Fortgang der Emancipations-Angelegenheiten. Die Dinge gehen ihren normalen Gang, und mehr als die Hälfte (5½ Millionen Seelen) der männlichen leibeigenen Bevölkerung hat definitive Arrangements getroffen. Für die noch schwebenden Angelegenheiten hat der Minister des Innern neuerdings eine beschleunigte Procedur empfohlen. Eine Zählung hat ergeben, daß nicht weniger als 567,000 männliche Leibeigene als Privatdiener bei den Adeligen in Verwendung standen; 75,500 derselben sind bereits frei. Die Loskaufs-Operationen haben bisher eine Ausgabe von Obligationen zum Betrage von etwa 7¼ Mill. Rubel erfordert; ein eben solcher Betrag ist als Schuld der Grundbesitzer zurückbehalten.

[Die beiden Söhne des General-Adjutanten Rostowzow,] welche im Laufe des Sommers plötzlich in Ungnade gefallen und aus dem Militärdienste entlassen worden sind, sind jetzt in sofern rehabilitirt worden, als sie, wie ein kaiserlicher Ukas besagt, nunmehr zu betrachten seien, als wäre jene Entlassung auf ihr Verlangen erfolgt und als hätten sie das Recht, die Uniform zu tragen.

○ **Warschau**, 25. Novbr. [Die Eröffnung der Hochschule. — Die Censur. — Politischer Mord. — Aus der Verbannung. — Die Rekrutirung.] Heute fand die Eröffnung der Hochschule statt, die aber nicht die feierliche zu nennen ist, da wie eine amtliche Mittheilung angezeigt hat, solche erst später wenn sämmtliche Facultäten besetzt sein werden, erfolgen wird. Zuerst hielt der General-Director der Commission des öffentlichen Unterrichts, der wackere Krzywicki, eine schöne Rede, in welcher er des Danks erwähnte, welchen das Land dem Großfürsten und dem Markgrafen Wielopolski für ihre Leistungen zur Hebung der Bildung des Volkes schuldig ist. Leider war die Agitationspartei auch hier vertreten, und in einem Augenblicke, der jeden guten Patrioten nur freudig stimmen müßte, vergaßen jene Wahnsinnigen es nicht, eine Mißstimmung hineinzubringen. Als nämlich Krzywicki des Großfürsten und Wielopolski's erwähnte, hörte man ein erkünsteltes Husten und ein Räuspern, was sich am Schluß dieser Rede wiederholte. Ich kann Sie versichern, daß die große Zahl der Studenten nicht weniger als die anderen Anwesenden über dieses Treiben empört war. Nach Krzywicki hielten einige Professoren Reden, bei deren Anhören man bald jenes unwürdige Verhalten der Wilden vergaß, und es herrschte eine wahrhaft gehobene Stimmung, die gewiß im ganzen Lande ihren Widerhall finden wird. Möge nur die Regierung fortfahren, die gerechten Forderungen des Landes zu befriedigen, und sie wird dann das Treiben wahnsinniger, zum Theil wohl auch unehrlicher Demagogen nicht zu fürchten habe. — Es thut mir leid, daß ich oft in der Lage bin, auch tadelnd so mancher Maßregel der Regierung zu erwähnen, aber ich bin mir bewußt, ihr dadurch mehr Dienste zu leisten, indem ich den Gedanken der Gutgesinnten im Lande ausdrücke, als diejenigen Correspondenten ausländischer Blätter, die, der alten Routine folgend, Wunden zu verdecken und zu beschönigen suchen, die offengelegt werden müssen, um geheilt zu werden. So z. B. ist die Beschuldigung, die einer Ihrer hiesigen Correspondenten über die hiesige Presse ausspricht, daß sie über die Ermordung des berüchtigten Felkner sich nicht äußert, im höchsten Grade ungerecht. So lange die Preßverhältnisse so bleiben, wie sie jetzt sind, kann die Regierung nicht erwarten, von ihr unterstützt zu werden. Möge es einem Miniszewski, dem Verfasser des unwürdigen Pamphlets in dem das Blatt bezeichnenden Namen „Komunaly" (Gemeinheiten), darauf nicht ankommen, was die öffentliche Meinung von ihm urtheilt; anderen Personen ist sie ein noch unversehrtes Gut, das sie weder leichtsinnig werden wegwerfen wollen noch dürfen. Ich werde nicht aufhören es zu wiederholen, daß die Censur der ärgste Feind der Regierung ist, und die Art, wie sie hier gehandhabt wird, läßt leider das Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Regierung nicht festen Boden fassen. Von der Censur, besonders hier und unter den jetzigen Umständen, läßt sich mit vollem Recht sagen: C'est plus qu'un crime, c'est une faute. — Mögen Ihre Leser diese und ähnliche Auseinandersetzungen entschuldigen, die Presse ist verpflichtet, dem Besseren überall zu Hilfe zu kommen und bei dem Ansehen, das Ihr Blatt an maßgebender Stelle hier genießt, hat schon manches in ihm ausgesprochene Wort Gutes geleistet. — Ein ähnlicher Mord, wie der an Felkner begangene hat vorige Woche in Plozk stattgefunden. Der Ermordete war kein Gutsbesitzer bei Plozk, wie ich Ihnen in meiner letzten Correspondenz gemeldet, sondern wie ich nachher genau erfuhr, ein ehemaliger Beamter in Plozk selbst und in der letzten Zeit in der geheimen Polizei angestellt. Jurcikowski, so hieß der Ermordete, war ein Mann von vielem Talent, welches er in seinem elenden Dienste meisterhaft verwendete. Eine seiner Hauptleistungen war, die Bauern gegen die Gutsbesitzer aufzuhetzen, worin er große Fertigkeit besaß. Zu seiner Beerdigung wollte kein Tischler einen Sarg verkaufen, kein Geistlicher das Geleite geben, und seine einzige Schwester wollte der Leiche nicht folgen, welche Schinderknechte nach dem Kirchhof brachten, wo er von Polizisten verscharrt wurde, da die angestellten Todtengräber jede Betheiligung versagten. Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß jeder denkende Mensch diese Morde und deren Folgen verdammt, aber wenn die Presse gegen sie auftreten soll, so muß sie doch zugeben, daß die Gemordeten an und für sich verächtliche Menschen waren, daß aber selbst solchen Menschen gegenüber der Meuchelmord ein Verbrechen ist — aber wie kann man es einer ehrlichen Presse zumuthen, daß sie über Spione wie über ruhige, verständige Bürger sprechen soll. Die Censur aber will es nicht zugeben, daß dem edlen Amte des Spions ein Makel angeheftet werde, und wohl darum überzog sie meine Mittheilung über Felkner mit Schwärze. — Und da wagt man es noch die hiesige Presse anzuklagen! — Nicht weniger ärgerlich als die ungerechte Anklage der Presse ist das Lob der gedachten „Komunaly", eines Machwerkes ohne alle Würde, das witzelt ohne Witz und moralisirt ohne Moral, mit einem Wort, ein serviles, auf Bestellung geleistetes Pamphlet, das der Regierung mehr schaden als nützen muß. — Vorgestern traf der Domherr Wiszynski, welcher in vorigem Jahr nach Omsk verbannt war, hier ein. Er ist wohl der letzte der ohne gerechten Grund verbannten einflußreichen liberalen Männer, deren Verbannung nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern auch ein Fehler war, da die durch ihre Abwesenheit entstandene Leere eben von den Demagogen eingenommen wurde. Heute war Wiszynski bereits zu der Eröffnung der Universität eingeladen, wie auch andere der im vorigen Jahr als politische Verbrecher Verurtheilten, z. B. der evangelische Pastor Otto und die Rabbiner Meisels und Jastrow. — Es war vorauszusehen, und ich schrieb Ihnen, daß es zu erwarten sei, daß die Aushebung so manchen Krawall veranlassen wird. So wird von einigen derartigen Vorfällen gemeldet; in Olkusz z. B. ohrfeigte ein unter das Maß gestellter junger Mann den dienstthuenden Offizier, als dieser ihn am Kinn faßte und den Kopf derb in die Höhe hob. Den herbeigerufenen Soldaten wurden die Gewehre abgenommen, sie selbst so wie die ganze mit der Subrevision der Rekruten beschäftigte Commission geschlagen und zum Theil verwundet. Die Papiere wurden vernichtet. — In Rupyn, im Plozkischen, verlangten die jüdischen Rekruten in Hinweis auf den herannahenden Sonnabend schnelle Abfertigung, und erwiderten die groben Antworten eines Obersten mit Grobheiten, die abermals zu Schlägereien mit Militärs führten, wobei besagter Oberst schwer verwundet worden sein soll. Solche Vorfälle kommen viele vor, und werden sich unzweifelhaft oft wiederholen, so lange der Militärdienst für die Bevölkerung des Königreichs nicht radikal geändert werden wird. So eben erfahre ich, daß bei Garnolin, 8 Meilen von hier, 3 junge Leute ergriffen wurden, die Dolche, Revolver und Gift mit sich führten, und wahrscheinlich in der Absicht der Ausführung einer That reisten, die derjenigen der Ermordung Felkners ähnlich sein würde.

* **Breslau**, 28. Nov. [Eine Antwort des Kriegsministers.] Bekanntlich haben mehrere inactive Offiziere Breslau's eine Anerkennungsadresse an den Kriegsminister v. Roon gerichtet. Jetzt hat derselbe folgendes Antwortschreiben an die Unterzeichner zu Händen des Freien Standesherrn, Obersten a. D. Grafen Henckel von Donnersmarck, als des ältesten derselben, ergehen lassen:

Ew. Excellenz und der übrigen Kameraden freundliche Zuschrift, welche ich auf meiner Reise empfangen, hat mich als ein warmer und schöner Gruß aus der Heimath erfreut, nicht nur aus der Heimath meines theuren Vaterlandes überhaupt, sondern auch insbesondere aus dem Lebenskreise desselben, welcher Millionen Preußen auf längere oder kürzere Zeit eine erinnerungsvolle Heimath geworden ist: aus dem vaterländischen Heere, dem Sie, verehrte Kameraden, alle angehört haben. Es kann mir nur wahrhaft ehrenvoll sein, wenn ich aus dem Munde derer, welche Angehörige dieser, auch meiner theuern Heimath gewesen sind, aus dem Munde, und, wie ich es dankbar empfinde, auch aus dem Herzen altbewährter Glieder des preußischen Offizier-Corps, zum Theil noch der Zeugen und Mitkämpfer ruhmreicher Tage, das Anerkenntniß empfange, daß meine öffentliche Wirksamkeit den Ueberlieferungen der preußischen Armee entspricht, den Interessen unseres königlichen Kriegsherrn, der Armee und des Vaterlandes dient. Empfangen daher Ew. Excellenz und die übrigen Unterzeichner der gedachten Zuschrift meinen herzlichen Dank und für Ihren Segenswunsch den Gruß, an dem sich alte preußische Patrioten und Offiziere erkennen: „Gott segne den König!" Berlin, 15. November.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 27. Nov. 10 U. Ab.	331,33	+2,2	NO. 1.	Trübe.
28. Nov. 6 U. Morg.	331,87	+1,0	NW. 1.	Bedeckt. Schnee.
Berlin, 26. Nov. 2 U. Nachm.	329,80	+5,8	O. 2.	Trübe.
Wien, 25. Nov. 10 U. Abds.	328,01	+1,6	SSO. 4.	Trübe.

Breslau, 28. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 3 Z. U.-P. — F. 9 Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 27. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 70, 20, stieg auf 70, 40 und schloß fest, aber wenig belebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅝ eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 35. 4½proz. Rente 97, 90. Italienische 5proz. Rente 71, 20. 3proz. Spanier 50⅝. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Credit-mobilier-Aktien 1097. Lomb. Eisenbahn-Aktien 588. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 27. Nov., Nachm 3 Uhr. Silber 61¼. Milde, feuchte Witterung. Consols 92¼. 1prz. Spanier 46¼. Mexikaner 33. Sardinier 83½. 5prz. Russen 95½. Neue Russen 93.

London, 27. Nov. Mit dem Dampfer „Bohemian" eingetroffene Nachrichten vom 14. d. Mts. melden, der Wechsel-Cours auf London war in Newyork 146½, Gold-Agio 32, Fonds waren höher, Middling Baumwolle 64½, Brodstoffe gedrückt.

Wien, 27. Nov., Mitt. 12 Uhr 30 M. Börse geschäftslos, aber fest. 5prz. Metall. 71, 30. 4½proz. Metall. 61, 75. Bank-Aktien 788. Nordbahn 190, 20. 1854er Loose 91, 50. National-Anleihe 82, 70. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 238, 35. Creditaktien 221, 90. London 122, 15. Hamburg 91, 70. Paris 48, 45. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 172, 75. Lombardische Eisenbahn 288, 50. Neue Loose 132, 90. 1860er Loose 88, 40.

Frankfurt a. M., 27. Nov., Nm. 2 Uhr 30 M. Oesterr. Fonds u. Aktien entschieden günstiger. Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 140⅝. Wiener Wechsel 95⅝. Darmstädter Bank-Aktien 230. Darmstädter Zettelbank 253½. 5proz. Met. 57½. 4½proz. Met. 49⅜. 1854er Loose 73¼. Oesterr. National-Anleihe 66⅛. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 226. Oesterr. Bank-Antheile 752. Oesterr. Credit-Aktien 211⅛. Neueste österr. Anleihe 73¼. Oesterr. Elisabet-Bahn 121½. Rhein-Nahe-Bahn 28⅜. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127½.

Hamburg, 27. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 M. Bei gutem Umsatz begehrt. Schluß-Course: National-Anleihe 66½. Oesterr. Credit-Aktien 89⅜. Vereinsbank 102⅜. Norddeutsche Bank 102¼. Rheinische 96. Nordbahn 61¾. Disconto 3¾—3½. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 27. Novbr. [Getreidemarkt.] Weizen loco eher etwas fester, ab auswärts auf letzte Preise gehalten. Roggen loco unverändert, ab Danzig pr. Frühjahr 75½ gefordert, vereinzelt zu 75 zu machen. Oel pr. Nov. 30½, pr. Mai 29⅜. Kaffee ruhig.

Liverpool, 27. Novbr. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Berlin, 27. Nov. Die Stimmung war heute günstig, die Börse hatte überhaupt eine angenehmere Haltung, die Umsätze kamen jedoch nicht zu der Bedeutung, die sie nach dem lebhaften Tone des Verkehrs zu haben schienen. Es waren wieder nur für schlesische Eisenbahn-Actien Breslauer Ordres vorhanden, welche von Anfang an die Course wieder in eine steigende Bewegung brachten und sie, unterstützt von der Spekulation am Platze selbst, darin bis zuletzt erhielten. Auch österreichische Papiere waren heute theilweis etwas thätiger, die steigende Tendenz, die sich auch gestern darin nicht verkennen ließ, trat dabei ein wenig prägnanter hervor, doch war die Bewegung in den österreichischen Effekten doch immerhin nicht von der früheren Bedeutung. In den übrigen Effektengattungen machte nur ein und das andere Papier von der im Uebrigen herrschenden großen Geschäftsstille eine schwache Ausnahme. Der Geldmarkt gewinnt an Willigkeit bei geringem Umsatz von Disconten. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 27. November 1862.

Fonds- und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	102¼ bz.
	Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99⅜ bz.
	dito 1854, 55A. 57	4½	102¼ bz.
	dito 1856	4½	102¼ bz.
	dito 1853	4	99⅝ G.
	dito 1859	5	107¾ B.
	Staats-Schuld-Sch. ...	3½	90⅛ B.
	Präm.-Anleihe v. 1855	3½	127¼ B.
	Berliner Stadt-Obl. ..	4½	102½ G.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärker	3½	92¼ bz.
	dito dito	4	101⅝ bz.
	Pommersche	3½	91¼ bz.
	dito neue	4	100½ bz.
	Posensche	4	104¼ bz.
	dito	3½	99 G.
	dito neue	4	97⅞ G.
	Schlesische	3½	95 bz.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärker	4	100 bz.
	Pommersche	4	100 bz.
	Posensche	4	99⅛ bz.
	Preussische	4	99¾ bz.
	Westf. u. Rhein..	4	99¼ B.
	Sächsische	4	100 bz.
	Schlesische.......	4	100½ bz.
	Louisdor	—	109¾ G.
	Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	58¼ G.
dito 54r Pr.-Anl....	4	76 B.
dito neue 100 fl.-L.	—	72½ G.
dito Nat.-Anleihe ..	5	67¾ bz.
dito Bankn. n. Whr.		82⅜ bz
Russ.-engl. Anleihe ..	5	94½ G.
dito 5. Anleihe	5	90 etw. bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84¼ B.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.......	4	88⅛ bz.u.G.
Poln. Obl. à 500 Fl. .	4	93½ B.
dito à 300 Fl..	5	94¾ B.
dito à 200 Fl..	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	88⅞ bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	58 B.
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld...	3½	3½	88¼ bzu.G.
Aach.-Mastricht.	3½	4	30¼ B.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	96 bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	110½ bz.u.B.
Berlin.Anhalter	8¼	4	145¼ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	121 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	213½ bz.
Berlin-Stettiner .	7 1/12	4	132 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	140½ bz.
Cöln-Mindener ..	12¼	3½	189¼ bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 1/15	5	130 bz.
Ludw.-Bexbach .	8	4	142 bz.
Magd.-Halberst. .	22½	4	329½ B.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45½ B.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	128 bz.
Mecklenburger ..	2⅞	4	62¾ à ½ a ¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	97½ B.
Neisse-Brieger ..	3½	4	84 B.
Niederschles. ...	4	4	99⅛ B.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	67¾ B.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	63 à 63¼ à 63 bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A...	7 1/15	3½	174½à175à174¾bz.

	Div. 1861	Z.-F.	
Oberschles. B...	7 1/15	3½	153 bz.
dito C...	7 1/15	3½	174½à175à174¾bz.
dito Prior A...	—	4	— — —
dito Prior B...	—	3½	88¼ B.
dito Prior C...	—	4	— — —
dito Prior D..	—	4	97¼ B.
dito Prior E...	—	3½	84½ bz.
dito Prior F...	—	4½	101 G.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	58 à 58¼ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	59 bz.
Rheinische	5	4	97⅝ bz.
dito (St.) Pr...	5	4	105 B.
dito Prior	—	4	95¼ G.
dito III. Em...	—	4½	99⅞ G.
Rhein-Nahebahn	—	4	24⅜ B.
Ruhrort-Crefeld .	3 1/15	3½	94 bz.u.G.
Starg.-Posener ..	4	3½	111 bz.
Thüringer	6⅔	4	125¼ bz.
Wilhelms-Bahn .	—	4	61¼ à ¾ bz.
dito Prior	—	4	92½ B.
dito III. Em..	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	94 B.
dito dito	—	5	97½ B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein .	5 1/15	4	117 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	95 G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 B.
Bremer „	5¾	4	104½ G.
Coburg. Credit A.	3	4	87 etw. bz.
Darmst. Zettel-B.	8⅗	4	101¾ G.
Darmst. Credb. A.	5	4	92 bz.u.G.
Dess. Creditb. A.	—	4	2⅜ G.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	99¾ bz u.B.
Genf. Creditb. A.	2	4	44⅞ bz.u.G.
Geraer Bank ...	5¾	4	98 G.
Hamb. Nord. Bank	5	4	101¼ etw. bz.
„ Ver.-Bank	5 1/15	4	102¼ G.
Hannov. „	4½	4	99½ G.
Leipziger „	3	4	79¾ G.
Luxembrg. „	10	4	106 B.
Magd. Priv. „	4⅘	4	91 G.
Mein. Creditb. A.	6	4	99½ B.
Minerva Bgwk. A.	—	5	27½ etw. bz
Oester. Creditb. A.	7¾	5	90¼ à ¾ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/15	4	98¼ G.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/15	4½	122¼ G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	101 B.
Thüringer Bank	2⅘	4	59½ G.
Weimar. Bank..	4	4	88½ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144⅛ bz.
dito	2 M.	143 G.
Hamburg	8 T.	152¼ G.
dito	2 M.	151¼ G.
London	3 M.	6. 21 bz.
Paris	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	82⅛ bz.
dito	2 M.	81⅜ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ bz.
Frankfurt a. M......	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	98⅞ bz. 3M. 98⅛ bz.
Warschau	8 T.	88⅞ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Berlin, 27. Novbr. Weizen loco 63—73 Thlr. nach Qual., weißbunter poln. 66 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 55—56½ Thlr. ab Bahn und frei Boden bez., Novbr. 59—55—57½—56½ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 46⅝—46¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Dezbr.-Jan. 46⅛—46 Thlr. bez. und Br., Frühjahr 44¾—⅝ Thlr. bez., Mai-Juni 45 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 33—39 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—24 Thlr., Lieferung pr. Novbr. 22¾ Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. 22 Thlr. bez., Dezbr.-Jan. 22 Thlr. Br., Frühjahr 22⅛ Thlr. Br., Mai-Juni 22 Thlr. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 45—55 Thlr. — Rüböl loco 14⅔ Thlr. bez., Novbr. 14⅔—⅝ Thlr. bez., ⅔ Thlr. Br., 7/12 Thlr. Gld., Novbr.-Dezbr. 14⅓—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Dezbr.-Jan. 14⅙ Thlr., Jan.-Febr. 14 Thlr. Br., 13 11/12 Thlr. Gld., April-Mai 13¾ Thlr. Br., ⅔ Thlr. Gld., Mai-Juni 13¾ Thlr. Br. — Leinöl loco 13⅚ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 15⅛ Thlr. bez., Novbr. 14 23/24—⅞ Thlr. bez., Br. und Gld., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 14 11/12—⅚ Thlr. bez., Br. und Gld., Jan.-Febr. 14 23/24—⅞ Thlr. bez. und Gld., 11/12 Thlr. Br., Febr.-März 15 1/12 Thlr. Br., 15 Thlr. Gld., April-Mai 15⅛—1/24 Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Mai-Juni 15⅔—⅝ Thlr. bez. und Gld., ⅔ Thlr. Br., Juni-Juli 16—15 23/24 bez.

Weizen ohne Umsatz. Roggen disponible wurde nur mäßig zu Kündigungszwecken gekauft. Der laufende Monat verlief unter großer Erregtheit und starken Schwankungen zu etwas billigeren Preisen als gestern, wogegen die anderen Termine vernachläßigt blieben. Gekündigt 5000 Ctnr. Hafer, Termine ohne Umsatz. Rüböl loco fortdauernd knapp, eben so wurde der Novembertermin durch Deckungen neuerdings gesteigert, wovon die späteren Sichten gar nicht beeinflußt wurden und keine Aenderung im Preise erfuhren. Schluß ruhig. Spiritus hatte sehr beschränkten Verkehr, weil die Aufmerksamkeit dem erregten Roggenmarkt zugewandt wurde. Preise gegen gestern wenig verändert. Gek. 10,000 Quart.

\# **Breslau**, 28. Novbr. Wind: West. Thau-Wetter, Regen und Schneetreiben. Thermometer Früh 1° Wärme. Barometer 27" 8½'''. Die Witterung hat heut dem Geschäftsverkehr sehr enge Schranken gesetzt, die geringen Angebote fanden wenig Beachtung.

Weizen wenig verändert; pr. 85pfd. weißer 70—80 Sgr., gelber 65—74 Sgr., vereinzelt über Notiz bezahlt. — Roggen ruhig; pr. 84pfd. 52—54—56 Sgr. — Gerste flau; pr. 70pfd. weiße 41—43 Sgr., gelbe 36—37 Sgr. — Hafer still; pr. 50pfd. schlesischer 24—25 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen schwacher Umsatz. — Rapskuchen 51—53 Sgr. — Oelsaaten wenig angeboten, jedoch sehr fest. — Schlaglein schwacher Umsatz.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen........	68—75—81	Wicken...............	38—40—44
Gelber Weizen	65—70—75		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—54—56	Schlag-Leinsaat	173—183—193
Gerste...............	37—39—43	Winter-Raps.......	222—245—252
Hafer	23—25—27	Winter-Rübsen	215—232—242
Erbsen	48—51—58	Sommer-Rübsen	194—208—212

Kleesaat der Witterung wegen wenig beachtet, rothe ordinäre 8—9½ Thlr., mittle 10⅚—11½ Thlr., feine 12—13¾ Thlr., hochfeine 14¼—14¾ Thlr., — weiße ordininäre 9—11½ Thlr., mittle 12½—15 Thlr., feine 16 bis 18 Thlr., hochfeine 19—20 Thlr.

Thymothee 6—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—21 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und November 14⅙ Thlr., pr. Frühjahr 13 11/12 Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 14 Thlr., Termine 14⅛ Thlr., pr. Frühjahr 14 7/12 Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W Friedrich) in Breslau.